

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder des Rates:

Herr Manfred Brinkmann	CDU	Ratsmitglied
Frau Hannelore Koschin	SPD	Ratsmitglied
Frau Birgit Marji	Alternative für Rheine	Ratsmitglied

Bürgermeisterin Dr. Angelika Kordfelder eröffnet die heutige Sitzung des Rates der Stadt Rheine und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt Herr Roscher eine persönliche Erklärung ab zu den Vorkommnissen im Zusammenhang mit dem Ausschreibungsverfahren zur Besetzung der Beigeordnetenstelle bei der Stadt Rheine. Diese persönliche Erklärung ist als Anlage 1 dieser Niederschrift beigelegt.

Frau Dr. Kordfelder bezieht sich auf TOP 13 „Resolution an die Bundesregierung zur Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke“ und verweist auf die Anmerkung unter Ziffer 2 der Einladung.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN habe inzwischen einen neuen Resolutionsentwurf vorgelegt und hierin den erforderlichen örtlichen Bezug hergestellt, sodass es keinen Grund mehr gebe, den Punkt durch Geschäftsordnungsbeschluss von der Tagesordnung abzusetzen.

Herr Reiske bittet darum, den Betrefftext wie folgt zu ändern:

„Auswirkung der Laufzeitveränderung für Atomkraftwerke auf die Klimaschutzaktivitäten der Stadt Rheine und der Stadtwerke Rheine; hier: Schreiben an die Bundesregierung“.

Hiergegen werden keine Einwendungen erhoben.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 6 über die öffentliche Sitzung am 13. Juli 2010

0:10:05

Zu Form und Inhalt der o. g. Niederschrift werden weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche vorgetragen.

2. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 13. Juli 2010 gefassten Beschlüsse

0:10:20

Frau Dr. Kordfelder berichtet, dass die Beschlüsse des Rates – soweit dieses möglich gewesen sei – ausgeführt worden seien.

3. Informationen

3.1. Breitbandversorgung in den Stadtteilen der Stadt Rheine

0:11:05

Frau Dr. Kordfelder verliest den als Anlage 2 dieser Niederschrift beigefügten Vermerk.

Herr Hagemeier kritisiert, dass man mit der Breitbandversorgung in Wettringen, Hembergen und Emsdetten viel weiter sei, als in Rheine. Er habe das Gefühl, dass die Angelegenheit in Rheine nur sehr schleppend bearbeitet werde.

Frau Dr. Kordfelder weist diesen Vorwurf in aller Wertschätzung gegenüber dem Engagement von Herrn Hagemeier in dieser Angelegenheit entschieden zurück, denn sowohl Herr Nehus, der bei der Stadtverwaltung Hauptverantwortlicher für diese Angelegenheit sei, als auch Herr Strukamp von den Stadtwerken, würden sehr intensiv an diesem Thema arbeiten.

Herr Nehus ergänzt, dass die Gemeinde Wettringen ihren Förderantrag nach der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Breitbandversorgung ländlicher Räume (Ministerium für Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz) zu einem Zeitpunkt gestellt habe, als in Rheine noch über die Bereitstellung von Mitteln aus dem Konjunkturpaket II einvernehmlich diskutiert worden sei. Nachdem festgestanden habe, dass Mittel aus dem Konjunkturpaket II nicht zur Deckung von Wirtschaftlichkeitslücken verwendet werden dürften, seien die erforderlichen Arbeiten für die Mittelbeantragung nach der verbesserten Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Breitbandversorgung ländlicher Räume aufgenommen worden.

In Hembergen sei die Breitbandversorgung über eine Bürgerinitiative forciert und umgesetzt worden. Eine solche Bürgerinitiative könne man auch für Hauenhorst bilden, welche dann in Eigenregie tätig werden könne. Seines Wissens seien von der Bürgerinitiative in Hembergen Tiefbauarbeiten etc. durchgeführt worden. Über Kosten und Anschlussmöglichkeiten müsste die Bürgerinitiative dann selbst mit den Netzbetreibern verhandeln.

Der Breitbandausbau der Industriegebiete in Emsdetten sei mit den in Rheine erforderlichen Maßnahmen nicht vergleichbar. Die Industriegebiete in Rheine seien bereits seit Jahren über die RheinNet mit Glasfaserstrecken versorgt, sodass den Unternehmungen hochleistungsfähige Anschlüsse mit bis zu 200MBit/s zur Verfügung gestellt werden könnten.

**4. Bericht des Migrationsbeauftragten
- Stellungnahme zum Stand von Migration und Integration
(mündlicher Bericht)**

0:18:40

Frau Dr. Kordfelder begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt den Migrationsbeauftragten der Stadt Rheine, Herrn Hartmut Klein. Sie stellt ihn den Ratsmitgliedern vor und bedankt sich, dass er die Aufgabe als Migrationsbeauftragter in Rheine übernommen habe.

Sodann trägt Herr Klein seinen Bericht, der als Anlage 3 dieser Niederschrift beigefügt ist, vor.

Frau Dr. Kordfelder bedankt sich bei Herrn Klein für seine Ausführungen und zeigt sich sehr erfreut über die Feststellung, dass die Grundhaltung der Menschen in Rheine gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sei. Der Bericht von Herrn Klein habe eine besondere Qualität und sei die positive Analyse der aktuellen Situation, mit der sich Rat und Verwaltung weiter zu beschäftigen habe.

Herr Niehues bedankt sich bei Herrn Klein für wertvolle Hinweise in der Migrationsarbeit, aber auch für den insgesamt ermutigenden Bericht. Herr Niehues stimmt Herrn Klein zu, gerade bei den Kindern und Jugendlichen die Migrationsarbeit zu intensivieren. Man habe zwar in den letzten Jahren mit der Ganztagsbetreuung schon wichtige Eckpunkte gesetzt, aber auch bei bestimmten Grundschulen müsse man über eine Ganztagsbetreuung nachdenken. Er bittet Herrn Klein, gemeinsam mit Rat und Verwaltung die in seinem Bericht aufgezeigten Schwachstellen aufzuarbeiten.

Herr Reiske hat die Aussage von Herrn Klein gut gefallen, wonach Staaten, die keine innere Offenheit hätten, keinen Bestand haben würden, wie z. B. die ehemalige DDR. Insofern könne man in Rheine sehr froh darüber sein, dass es hier Bürgerinnen und Bürger gebe, die gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund offen seien. Aber auch in Rheine gebe es Probleme, wie z. B. im Bereich der Förderschulen, in denen viele Kinder mit Migrationshintergrund beschult würden. Die Situation am Arbeitsmarkt zeige jedoch, dass man dringend auf Einwanderer angewiesen sei, um die Arbeitsplätze zu besetzen. Insofern werde Bildung eine besondere Schlüsselrolle spielen, denn wer gut ausgebildet sei, habe auch eine Chance, einen entsprechenden Arbeitsplatz zu bekommen. Insofern müsse man gerade im Bereich der Bildung einen Schwerpunkt setzen. Herr Reiske signalisiert Herrn Klein große Zustimmung zu seinem Bericht und bedankt sich bei ihm und bei allen Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen, die im Bereich der Integrationshilfe tätig seien.

Herr Ortel bedankt sich ebenfalls bei Herrn Klein für die klare Positionsbestimmung. Dass ein für Integration in Rheine zuständiger Ehrenamtlicher sich nicht nur bei der Analyse und Beschreibung der Situation aufhalte, sondern sich auch noch in Sachfragen einmische, spreche für die Qualität der Arbeit. Er hoffe, dass dieses auch in Zukunft so bleiben werde.

Auch Herr Holtel spricht Herrn Klein den Dank für seine geleistete Arbeit und seinen Bericht aus, in dem er die heutige Situation durchaus noch mit kritischen Worten begleite und auf Verbesserungsmöglichkeiten hingewiesen habe. Bemerkenswert seien auch die Hinweise gewesen über das, was in der Vergangenheit in Rheine an Migrationsarbeit geleistet worden sei. Er erinnert dabei an verschiedene Migrationswellen, von denen Rheine durchaus profitiert habe. Alle Beteiligten sollten versuchen, die bisherigen guten Ergebnisse in der Migrationsarbeit weiter zu verbessern.

In seinen Dank an Herrn Klein für den recht positiven Bericht stellt Herr Roscher fest, dass die derzeitige Situation in Rheine sicherlich auf die bestehende ehrenamtliche und hauptamtliche Arbeit in der Integrationsarbeit zurückzuführen sei, aber auch auf einige Entscheidungen des Rates und seiner Gremien. Trotz der durchaus positiven Situation in Rheine müsse man die Augen offen halten bei Situationen, die nicht migrationsfreundlich seien. Seitens der SPD-Fraktion sichert Herr Roscher Herrn Klein die dafür erforderliche Unterstützung zu.

Herr Klein bedankt sich für die Rückmeldungen aus den Fraktionen und sagt zu, dass, wenn sich Bemerkenswertes in Rheine bei der Migrationsarbeit ergebe, er sich auch zwischenzeitlich bei den entsprechenden Stellen melden werde. Er hoffe, dass die partnerschaftliche Arbeit auch in den nächsten Jahren aufrechterhalten werde, denn Integrationsarbeit sei nicht nur ein Thema für einige Jahre, sondern ein Dauerthema über Jahrzehnte.

Beschluss:

Der Rat der Stadt nimmt die Ausführungen von Herrn Klein zur Kenntnis.

**5. Änderung in der Besetzung verschiedener Ausschüsse und Gremien der Stadt Rheine
- Antrag der CDU-Fraktion vom 19.09.2010
Vorlage: 473/10**

1:00:20

Frau Dr. Kordfelder verweist auf den im Beschluss aufgeführten Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion zum Jugendhilfeausschuss.

Beschluss:

- I. Die Ratsmitglieder beschließen auf Antrag der CDU-Fraktion vom 21. September 2010 die folgenden Änderungen in der Besetzung von Ausschüssen und Gremien der Stadt Rheine:

Rechnungsprüfungsausschuss

Mitglied: RM Matthias Auth anstelle von RM Hans Havers

Bauausschuss

Mitglied: RM Matthias Auth anstelle von RM Hans Havers

Sportausschuss

Mitglied: RM Matthias Auth anstelle von RM Hans Havers

Haupt- und Finanzausschuss

3. Stellvertreter: RM Matthias Auth anstelle von RM Hans Havers

Stadtentwicklungsausschuss „Planung und Umwelt“

Mitglied: SB Ewald Winter, Sesenheimweg 17, 48429 Rheine, anstelle von RM Auth

5. Stellvertreter: RM Matthias Auth anstelle von RM Hans Havers

Schullausschuss

4. Stellvertreter: RM Matthias Auth anstelle von RM Hans Havers

Aufsichtsrat EWG

pers. Stellvertreter: RM Josef Wilp für SB Klaus Dickmanken anstelle von RM Hans Havers

Beirat Förderverein Waldhügel e. V.

pers. Stellvertreter: RM Christoph Kotte für RM Thomas Oechtering anstelle von RM Hans Havers

Verwaltungsrat Sparkasse

pers. Stellvertreter: RM Udo Bonk für SB Paul Willers anstelle von RM Hans Havers

pers. Stellvertreter: RM Dieter Fühner für RM Horst Dewenter anstelle von RM Matthias Auth

Jugendhilfeausschuss

pers. Stellvertreter: SB Christoph Löchte, Rheiner Str. 59 a, 48432 Rheine, für RM Lulay anstelle von SB Jens Volbers

Abstimmungsergebnis: einstimmig

II. Der Rat der Stadt nimmt zur Kenntnis, dass die CDU-Fraktion RM Matthias Auth zum 2. stellvertretenden Vorsitzenden des Bauausschusses benennt.

6. Änderung in der Besetzung verschiedener Ausschüsse und Gremien der Stadt Rheine - Antrag der SPD-Fraktion vom 15. September 2010 Vorlage: 469/10

1:02:15

Herr Löcken stellt für die SPD-Fraktion den im Beschluss aufgeführten Ergänzungsantrag zum Verwaltungsrat TBR.

Beschluss:

I. Die Ratsmitglieder beschließen auf Antrag der SPD-Fraktion vom 15. September 2010 die folgenden Änderungen in der Besetzung von Ausschüssen und Gremien der Stadt Rheine:

Haupt- und Finanzausschuss

Mitglied: RM Günter Löcken anstelle von RM Frank Hemelt

Bauausschuss

Mitglied: RM Detlef Weßling anstelle von RM Günter Löcken

Rechnungsprüfungsausschuss

Mitglied: RM Bernhard Kleene anstelle von RM Frank Hemelt

Jugendhilfeausschuss

Mitglied: RM Gabriele Leskow anstelle von RM Frank Hemelt,
SB Tim Köhler, In der Lake 47, 48429 Rheine anstelle
von SB Thomas Rühling,

pers. Stellvertreter: RM Eckhard Roloff anstelle von RM Wunder für RM
Leskow,
RM Waltraud Wunder anstelle von SB Tim Köhler für
SB Archim Bietmann

Schullausschuss

Mitglied: SB Anne Rottmann, Lößstr. 6, 48431 Rheine anstelle
von SB Andre Schaper

Zusätzliche Stellvertreter: SB Tim Köhler, In der Lake 47, 48429 Rheine
SB Eva-Maria Brauer, Pommernstiege 3, 48429
Rheine

Wahlausschuss

Mitglied: RM Karl-Heinz Brauer anstelle von RM Frank Hemelt

Aufsichtsrat Stadtwerke u. a.

Mitglied: SB Paul-Dieter Michalski, Theodor-Heuss-Str. 2,
48429 Rheine, anstelle von RM Frank Hemelt

pers. Stellvertreter: RM Eckhard Roloff für SB Paul-Dieter Michalski

Stadtteilbeirat Dutum/Dorenkamp

Vertreter der SPD: SB Dominik Bems, Lupinenstr. 7, 48432 Rheine, anstelle
von RM Frank Hemelt

Stadtteilbeirat Innenstadt/Hörstkamp

Vertreterin der SPD: RM Peggy Fehrmann anstelle von SB Thomas Rühling

Euregio Mitgliederversammlung

Mitglied: RM Falk Toczowski anstelle von RM Frank Hemelt

Euregiorat

stellvertretendes Mitglied: RM Falk Toczowski anstelle von RM Frank Hemelt

Mitglied:

Verwaltungsrat Technische Betriebe

pers. Stellvertreter: RM Detlef Weßling für SB Peter Kölker anstelle von
RM Karl-Heinz Brauer

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- II. Der Rat der Stadt nimmt zur Kenntnis, dass die SPD-Fraktion RM Bernhard Kleene zum Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses benennt und die/der stellvertretende Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses von den stimmberechtigten Mitgliedern des Ausschusses zu wählen ist.

**7. Bestellung beratender Mitglieder für den Bau-, Jugendhilfe- und Schulausschuss der Stadt Rheine
- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 21. September 2010
Vorlage: 475/10**

1:03:35

Beschluss:

Die Ratsmitglieder bestellen gem. § 58 Abs. 1 Satz 7 ff GO die folgenden Mitglieder bzw. stellvertretenden Mitglieder mit beratender Stimme für die entsprechenden Ausschüsse:

Bauausschuss

Mitglied: SB Michael Schaefer, Alsenstr. 20, 48429 Rheine,
Stellvertreter: SB Hendrik Börger, Alter Lingener Damm 5, 48429 Rheine,

Jugendhilfeausschuss

Mitglied: SB Philipp Hülemeier, Adolfstr. 7, 48431 Rheine,
Stellvertreter: SB Hendrik Börger, Alter Lingener Damm 5, 48429 Rheine,

Schulausschuss

Mitglied: SB Stephan Krause, Bürgerstr. 17, 48432 Rheine,
Stellvertreter: SB Michael Schaefer, Alsenstr. 20, 48429 Rheine,

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**8. Bestellung eines beratenden Mitgliedes für den Sozialausschuss
- Antrag der Fraktion ALTERNATIVE FÜR RHEINE vom 21. September 2010
Vorlage: 474/10**

1:04:10

Beschluss:

Die Ratsmitglieder bestellen gem. § 58 Abs. 1 Satz 7 ff GO RM Birgit Marji zum Mitglied des Sozialausschusses mit beratender Stimme und RM Rainer Ortel zu ihrem Stellvertreter.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**9. Änderung in der Besetzung des Jugendhilfeausschusses
- Antrag der Kreispolizeibehörde
Vorlage: 380/10**

1:04:40

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine nimmt zur Kenntnis, dass der Landrat als Kreispolizeibehörde Steinfurt den neuen Leiter der Polizeiwache Rheine, Herrn Berthold Hömme, als Nachfolger von Herrn Uwe Gatz als beratendes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss entsandt hat.

**10. Änderung in der Besetzung des Schulausschusses
- Antrag der Zentralrendantur Rheine
Vorlage: 397/10**

1:05:10

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine nimmt zur Kenntnis, dass die Zentralrendantur Rheine Herrn Paul Vatheuer, Adolfstr. 12, 48431 Rheine, als stellvertretendes beratendes Mitglied von Herrn Gerd Ständer für den Schulausschuss der Stadt Rheine benannt hat.

**11. Bestellung Sachverständiger Mitglieder des Umlegungsausschusses der Stadt Rheine
Vorlage: 424/10**

1:05:50

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beschließt:

1. Herr Städtischer Vermessungsdirektor Karl Wendland von der Stadt Münster wird für eine weitere Amtsperiode zum Sachverständigen für die Ermittlung von Grundstückswerten bestellt.
2. Herr Kreisvermessungsdirektor Henning Meyer vom Kreis Steinfurt wird für eine weitere Amtsperiode zum stellvertretenden vermessungs- und bewertungstechnischen Sachverständigen bestellt.
3. Herr Leitender Kreisvermessungsdirektor Karl-Peter Theis vom Kreis Borken wird für eine weitere Amtsperiode zum stellvertretenden vermessungs- und bewertungstechnischen Sachverständigen bestellt.

4. RM Thomas Oechtering wird zum 1. und RM Matthias Auth zum 2. persönlicher Vertreter für RM Heinz Hagemeier bestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**12. Nachbenennung eines Mitglieds für den Stadtteilbeirat Rodde/Kanalhafen
Vorlage: 453/10**

1:07:00

Beschluss:

Die Mitglieder des Rates der Stadt Rheine wählen gem. Ziffer 2 der Verfahrensregelungen für die Stadtteilbeiräte für die Dauer der Wahlzeit des Rates Herrn Bernhard Berghaus, Rutestraße 3, 48432 Rheine und Herrn Denis Moser, Im Lied 3, 48432 Rheine, als neue Mitglieder für den Stadtteilbeirat Rodde/Kanalhafen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**13. Auswirkung der Laufzeitveränderung für Atomkraftwerke auf die Klimaschutzaktivitäten der Stadt Rheine und der Stadtwerke Rheine
- Schreiben an die Bundesregierung
- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Vorlage: 477/10**

1:07:40

Frau Dr. Kordfelder verweist auf die Vorlage und stellte klar, dass die Verwaltung zu dem ursprünglichen Resolutionsantrag der Grünen vom 9. September 2010 rechtliche Probleme gesehen hätte, weil es hierin um eine Angelegenheit gegangen sei, die nicht zum Aufgabenbereich der Stadt Rheine gehöre. Der inzwischen überarbeitete Resolutionsentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 3. Oktober 2010 stelle jetzt den örtlichen Bezug zu den bisherigen und künftigen Klimaschutzaktivitäten der Stadt Rheine und der Stadtwerke her, sodass eine Beratung in der heutigen Sitzung als zulässig angesehen werde. Sie verweist in diesem Zusammenhang nochmals an die den Ratsmitgliedern heute zugegangenen und auch vor der Sitzung noch auf den Tischen verteilten Unterlagen zu diesem Tagesordnungspunkt.

Herr Reiske trägt anschließend den als Anlage 4 dieser Niederschrift beigefügten Entwurf des Schreibens an die Bundesregierung vor und bittet um Zustimmung.

Anschließend weist er noch ergänzend darauf hin, dass der Antrag seiner Fraktion auf eine Erklärung des Deutschen Städtetages vom 16. Juni 2010 basiere. Da die Verabschiedung des Energiekonzeptes im Bundestag voraussichtlich am 29. Oktober 2010 erfolgen werde, sollte der Brief unmittelbar nach der Ratssitzung versandt werden.

Herr Reiske schließt seine Ausführungen mit einem Zitat des renommierten Physikers Hilke Weber, Leiter des Freiburger Fraunhofer Instituts, vom 24. September 2010:

„Die Risiken der Kernenergie können von niemanden richtig abgeschätzt werden, auch nicht von mir mit einer Ausbildung in Kernchemie. Nach Tschernobyl gab es Gott sei Dank weltweit keinen relevanten Unfall mehr in einem Kernkraftwerk. Derzeit wird diskutiert, Kernkraftwerke 60 Jahre und länger zu betreiben. Dabei ist das zentrale Druckgefäß ununterbrochen einer hohen Neutronenbestrahlung ausgesetzt. Diese führt zur Versprödung des Materials. Ein Austausch des Druckgefäßes ist nicht möglich. Da besteht die reale Gefahr, dass irgendwo in der Welt in einem der 450 Kernreaktoren ein Unglück passiert.“

Herr Roscher stellt fest, dass die Stadt Rheine aufgrund ihrer bisherigen und künftigen Klimaschutzaktivitäten das Recht habe, sich zu den befürchteten Auswirkungen der von der Bundesregierung beschlossenen Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke zu äußern. Die SPD-Fraktion werde daher den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen, weil sie auch die Betroffenheit der Bürgerinnen und Bürger in Rheine in ihrer unterschiedlichsten Form sehe.

Herr Ortel führt aus, dass der Text der vorgelegten Resolution nicht speziell für Rheine und für die Nähe zu einer Atomanlage gelte, sondern generell. Daher könne man dem Antrag durchaus zustimmen und ihn unterstützen. Ob diese Resolution allerdings hilfreich sei, dem grundsätzlichen Anliegen, nämlich die Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke zu stoppen, wage er zu bezweifeln.

Herr Kohnen trägt die als Anlage 5 dieser Niederschrift beigefügte Stellungnahme für die CDU-Fraktion vor.

Herr Mau hat kein Verständnis für die Ausführungen von Herrn Kohnen, der selbst Familienvater sei und insofern eine besondere Verantwortung trage. Er erläutert nochmals die Gefahren, die von Atomkraftwerken und den vorhandenen Zwischenlagern für die Bevölkerung ausgehen würden. Insofern kritisiert er die bisherige Atompolitik des Bundes. Er empfinde es als traurig, dass die CDU-Fraktion in Rheine diese unterstütze.

Herr Holtel stellt fest, dass die Aktivitäten der Stadt Rheine und der Stadtwerke Rheine zum Klimaschutz in keiner Weise von den Laufzeiten der Atomkraftwerke beeinträchtigt würden. Dieses habe ihm auch der Geschäftsführer der Stadtwerke bestätigt.

Herr Reiske entgegnet, dass seine Fraktion auch mit dem Geschäftsführer der Stadtwerke Rheine gesprochen habe und er sehr wohl bestätigt habe, dass auf Dauer mit Einbußen zu rechnen sei, weil die Rahmenbedingungen für die Stadtwerke nicht mehr verlässlich seien. Im Übrigen sei die gemeinsame ablehnende Stellungnahme aller Stadtwerke in Deutschland zur beabsichtigten Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke im Vorfeld der Beschlussfassung der Bundesregierung gegenüber geäußert worden.

Am Ende der sich anschließenden Diskussion, an der sich die Herren Reiske, Kohnen, Brauer und Ortel beteiligen, stellt Frau Dr. Kordfelder fest, dass nach ihrer Auffassung der örtliche Bezug des Entwurfschreibens zu den Klimaschutzaktivitä-

ten der Stadt und der Stadtwerke Rheine sowie auf die zu erwartenden wirtschaftlichen Veränderungen für die Stadtwerke Rheine durch die Laufzeitverlängerung sehr wohl gegeben sei. Trotz der Äußerungen der kommunalen Spitzenverbände in dieser Angelegenheit halte sie das Schreiben an die Bundesregierung für erforderlich, sodass sie dem Antrag der Grünen zustimmen werde.

Anschließend lässt Frau Dr. Kordfelder über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der als Anlage 4 dieser Niederschrift beigelegt ist, abstimmen.

Der Antrag wird bei 18 Ja-Stimmen, 23-Nein-Stimmen und einer Stimmenthaltung mehrheitlich abgelehnt.

14. Grundlagen der Haushaltskonsolidierung Vorlage: 443/10

1:30:20

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt auf Empfehlung der Strategie- und Finanzkommission sowie des Haupt- und Finanzausschusses die nachfolgenden Grundsätze zur Haushaltskonsolidierung:

1. Konsolidierungsziel ist die dauerhafte strukturelle Konsolidierung von 10 Mio. € in einem Zeitraum von fünf Jahren (2011 – 2015).
2. Das Veräußern von Vermögen ist nur erlaubt, wenn dies langfristig und dauerhaft zu Ergebnisverbesserungen führt (wirtschaftliche Betrachtungsweise).
3. Jegliche Ergebnisverbesserungen sind zur Haushaltskonsolidierung einzusetzen.
4. Dem Rat der Stadt Rheine ist über die Ergebnisse zweimal jährlich zu berichten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

15. Schülerfahrkosten zur Don-Bosco-Schule Mesum Vorlage: 452/10

1:30:50

Beschluss:

Der Rat hebt seinen Beschluss vom 21.06.1994 zur freiwilligen Übernahme von Schülerfahrkosten für Schülerinnen und Schüler aus Hauenhorst und Elte zur Don-Bosco-Schule mit Wirkung Schuljahresbeginn 2010/11 (01.08.10) auf.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**16. Quartier Dorenkamp - Förderantrag zum Programm "Soziale Stadt"
Vorlage: 455/10**

1:31:50

Herr Dewenter berichtet über die Vorberatung dieser Vorlage in der gemeinsamen Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses „Planung und Umwelt“ mit dem Haupt- und Finanzausschuss, dem Schulausschuss und dem Sozialausschuss und erläutert nochmals die wichtigsten Punkte des Programms.

Beschluss:

Auf Grundlage der Empfehlungen des Stadtentwicklungsausschusses „Planung und Umwelt“ (SteA), des Haupt- und Finanzausschusses (HFA), sowie des Schul- und des Sozialausschusses (SchuA und SozA) beschließt der Rat der Stadt Rheine (Rat) die Umsetzung des Integrierten Stadtteil-Handlungskonzeptes Rheine-Dorenkamp-Süd (Entwicklungskonzept nach § 171e (4) und (5) Baugesetzbuch in Anlage 1 der Vorlage).

Der Rat beauftragt die Verwaltung, die Projekte / Maßnahmen des Integrierten Stadtteil-Handlungskonzeptes Rheine Dorenkamp-Süd nach gesicherter Finanzierung umzusetzen.

Hierzu beschließt der Rat auf Grundlage der Empfehlungen der Fachausschüsse, dass die ab 2011 zusätzlich erforderlichen Mittel zur Finanzierung des kommunalen Eigenanteils in Höhe von 1.999.290 € entsprechend der Kosten- und Finanzierungsübersicht in Anlage 2 der Vorlage und unter Vorbehalt der Bewilligung der Fördermaßnahme durch das Land NRW in die Haushaltsplanung 2011 ff. aufgenommen wird. Der in der Begründung dargestellten Mittelaufteilung nach Jahren und Haushaltsansätzen wird zugestimmt.

Auf Grundlage der Empfehlungen beschließt der Rat die pauschal veranschlagten Folgekosten für die Jahre 2016 ff. in Höhe von jährlich rund 56.550 € in die Haushaltsplanung einzustellen - unter Vorbehalt möglicher Änderungen im Rahmen der Fortentwicklung der Maßnahmen.

Auf Grundlage der Empfehlungen des HFA und des SteA sowie der weiteren Fachausschüsse beschließt der Rat die in Anlage 1 und 3 der Vorlage vorgelegte räumliche Abgrenzung zum Förderantrag Rheine Dorenkamp-Süd zur zielgerichteten Entwicklung nach § 171e (3) Baugesetzbuch.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 1 Stimmenthaltung

**17. 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 144, Kennwort: "Goethestraße/Schillerstraße", der Stadt Rheine
II. Beschluss über die Abwägungsempfehlungen des Stadtentwicklungsausschusses "Planung und Umwelt"
III. Satzungsbeschluss nebst Begründung
Vorlage: 383/10**

1:35:30

Beschluss:

II. Beschluss über die Abwägungsempfehlungen des Stadtentwicklungsausschusses "Planung und Umwelt"

Der Rat der Stadt Rheine nimmt die Empfehlungen des Stadtentwicklungsausschusses "Planung und Umwelt" zu den Beteiligungen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und § 4 Abs. 2 BauGB i. V. m. § 13 Abs. 2 Nr. 2 und 3 BauGB billigend zur Kenntnis und beschließt diese. Er nimmt hiermit – zum allein maßgebenden Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses – die vollständige Erfassung, Bewertung und gerechte Abwägung aller von der Planung betroffenen Belange vor.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

III. Satzungsbeschluss nebst Begründung

Gemäß der §§ 1 Abs. 8 und 10 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Dezember 2006 (BGBl. I S. 3316) sowie der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. Dezember 2009 (GV. NRW S. 950) wird die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr.144, Kennwort: "Goethestraße/Schillerstraße", der Stadt Rheine als Satzung und die Begründung hierzu beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

18. 13. Änderung des Bebauungsplanes Nr.198, Kennwort: "Hansastraße - Süd", der Stadt Rheine

II. Beschluss über die Abwägungsempfehlungen des Stadtentwicklungsausschusses "Planung und Umwelt"

III. Satzungsbeschluss nebst Begründung

Vorlage: 384/10

1:36:20

Beschluss:

II. Beschluss über die Abwägungsempfehlungen des Stadtentwicklungsausschusses "Planung und Umwelt"

Der Rat der Stadt Rheine nimmt die Empfehlungen des Stadtentwicklungsausschusses "Planung und Umwelt" zu den Beteiligungen gemäß § 3 Abs. 1 (s. Vorlage Nr. 109/10) und § 3 Abs. 2 BauGB sowie § 4 Abs. 1 (s. Vorlage Nr. 109/109) und § 4 Abs. 2 BauGB i. V. m. § 13 a Abs. 2 Nr. 1 BauGB sowie § 13 Abs. 2 Nr. 2 und 3 BauGB billigend zur Kenntnis und beschließt diese. Er nimmt

hiermit – zum allein maßgebenden Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses – die vollständige Erfassung, Bewertung und gerechte Abwägung aller von der Planung betroffenen Belange vor.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

III. Satzungsbeschluss nebst Begründung

Gemäß der §§ 1 Abs. 8 und 10 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Dezember 2006 (BGBl. I S. 3316) sowie der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. Dezember 2009 (GV. NRW S. 950) wird die 13. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 198, Kennwort: "Hansastraße - Süd", der Stadt Rheine als Satzung und die Begründung hierzu beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

19. **7. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 172, Kennwort: "Lindenstraße-West", der Stadt Rheine**
II. **Beschluss über die Abwägungsempfehlungen des Stadtentwicklungsausschusses "Planung und Umwelt" der Stadt Rheine**
III. **Satzungsbeschluss nebst Begründung**
Vorlage: 386/10

1:36:55

Beschluss:

II. Beschluss über die Abwägungsempfehlungen des Stadtentwicklungsausschusses "Planung und Umwelt"

Der Rat der Stadt Rheine nimmt die Empfehlungen des Stadtentwicklungsausschusses "Planung und Umwelt" zu den Beteiligungen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und § 4 Abs. 2 BauGB i. V. m. § 13 Abs. 2 Nr. 2 und 3 BauGB billigend zur Kenntnis und beschließt diese. Er nimmt hiermit – zum allein maßgebenden Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses – die vollständige Erfassung, Bewertung und gerechte Abwägung aller von der Planung betroffenen Belange vor.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

III. Satzungsbeschluss nebst Begründung

Gemäß des § 1 Abs. 8 und des § 10 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Dezember 2006 (BGBl. I S.

3316) sowie der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Juni 2008 (GV. NRW S. 514), wird die 7. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 172, Kennwort: "Lindenstraße-West", der Stadt Rheine als Satzung und die Begründung hierzu beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

20. Bebauungsplan Nr. 326, Kennwort: "Görresstraße", der Stadt Rheine

II. Beschluss über die Abwägungsempfehlungen des Stadtentwicklungsausschusses "Planung und Umwelt"

III. Änderungsbeschluss gemäß § 4 a Abs. 3 BauGB

IV. Satzungsbeschluss nebst Begründung

Vorlage: 399/10

1:37:30

Beschluss:

II. Beschluss über die Abwägungsempfehlungen des Stadtentwicklungsausschusses "Planung und Umwelt"

Der Rat der Stadt Rheine nimmt die Empfehlungen des Stadtentwicklungsausschusses "Planung und Umwelt" zu den Beteiligungen gemäß § 3 Abs. 1 (s. Vorlage Nr. 296/10) und § 3 Abs. 2 BauGB sowie § 4 Abs. 1 und § 4 Abs. 2 BauGB i.V.m. § 13 a Abs. 2 Nr. 1 BauGB sowie § 13 Abs. 2 Nrn. 2 und 3 BauGB billigend zur Kenntnis und beschließt diese. Er nimmt hiermit – zum allein maßgebenden Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses – die vollständige Erfassung, Bewertung und gerechte Abwägung aller von der Planung betroffenen Belange vor.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

III. Änderungsbeschluss gemäß § 4 a Abs. 3 BauGB

Gemäß § 4 a Abs. 3 Satz 4 BauGB wird festgestellt, dass

- a) durch die Festsetzung von Lärmpegelbereichen die Grundzüge der Planung nicht berührt werden,
- b) die Öffentlichkeit durch diese marginale Korrektur nicht unmittelbar betroffen wird, sowie
- c) die Interessen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange durch diese Änderung nicht berührt werden.

Der Rat der Stadt Rheine beschließt die unter Punkt a) beschriebene Änderung des Entwurfes des Bebauungsplanes nach den Beteiligungen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB (Öffentlichkeit) und § 4 Abs. 2 BauGB (Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange).

Abstimmungsergebnis: einstimmig

IV. Satzungsbeschluss nebst Begründung

Gemäß der §§ 2 Abs. 1 und 10 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Dezember 2006 (BGBl. I S. 3316) sowie der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30. Juni 2009 (GV. NRW S. 380) wird der Bebauungsplan Nr. 326, Kennwort: "Görresstraße", der Stadt Rheine als Satzung und die Begründung hierzu beschlossen.

Es wird festgestellt, dass der Bebauungsplan Nr. 326, Kennwort: "Görresstraße", der Stadt Rheine der Darstellung im wirksamen Flächennutzungsplan widerspricht und demzufolge einer Anpassung im Wege der Berichtigung, ohne weiteren politischen Beschluss bedarf.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

21. Einwohnerfragestunde

1:38:35

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

22. Anfragen und Anregungen

22.1. Wiedereinführung der Grundschulbezirksgrenzen

1:38:40

Herr Reiske trägt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den als Anlage 6 dieser Niederschrift beigefügten Antrag vor.

Herr Lütkemeier nimmt dazu entsprechend den Ausführungen in dem als Anlage 7 dieser Niederschrift beigefügten Vermerk Stellung.

Frau Nagelschmidt bittet im Falle einer Gesetzesänderung darum, die Angelegenheit zunächst im Schulausschuss vorberaten zu lassen.

22.2. Atomtransporte im Stadtgebiet von Rheine

1:43:50

Herr Mau verliest für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die als Anlage 8 dieser Niederschrift beigefügte Anfrage.

Frau Dr. Kordfelder sagt eine schriftliche Beantwortung durch Herrn Kuhlmann zu.

Herr Ortel kritisiert den Stil, wie derartige Anfragen gestellt würden. Sie hätten durchaus der Verwaltung und den anderen Fraktionen direkt zugeleitet werden können.

22.3. Breitbandversorgung in den Stadtteilen der Stadt Rheine

1:46:45

Herr Hagemeier bezieht sich auf den Sachstandsbericht zur Breitbandversorgung unter TOP 3.1 der heutigen Sitzung und möchte wissen, welches Zeitfenster die Verwaltung sich für die Umsetzung gegeben habe.

Herr Nehus antwortet, dass die Ausschreibungsunterlagen ausgewertet und die Anträge an die Bezirksregierung formuliert seien. Sie würden in den nächsten Tagen versandt. Man müsse dann abwarten, wie die Bezirksregierung diese Anträge bescheiden werde.

22.4. Workshop in Bentlage

1:48:00

Herr Reiske merkt an, dass Ende Oktober d. J. der geplante Workshop in Bentlage stattfinde. Er halte es für angebracht, Herrn Linke hierzu einzuladen, denn Bentlage gehöre künftig zu seinen wichtigsten Aufgabengebieten.

Er gibt zu bedenken, dass möglicherweise während dieses Workshops auch zukunftsweisende Entscheidungen getroffen würden, die für Herrn Linke von Bedeutung sein könnten.

Frau Dr. Kordfelder sagt zu, mit Herrn Linke diesbezüglich Kontakt aufzunehmen.

Ende des öffentlichen Teils:

18:55 Uhr

Dr. Angelika Kordfelder
Bürgermeisterin

Theo Elfert
Schriftführer